

Wegzugspreis:
vierteljährlich
zu Dtz. 4.50 Mk.
Bei den Postanstalten
(als Schl. Bestellgeld)
4.50 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von L. Chr. Sommer,
Dtz.

Diezer Zeitung

Preis der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile
über deren Raum 30 Pf.
Kleinzeile 20 Pf.
Ausgabestelle:
Dtz., Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein.

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 46

Dtz., Samstag, den 28. Februar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Auslieferungsfrage im Ansehung für auswärtige Angelegenheiten.

Mz. Berlin, 27. Febr. Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Schiedemann zu einer längeren Sitzung zusammen, deren Gegenstand die Auslieferungsfrage bildete. Am Schlusse konnte der Vorsitzende feststellen, daß alle Mitglieder des Ausschusses bis auf zwei mit allen Stimmen der Regierung in der Auslieferungsfrage sich einverstanden erklärten.

Die Friedensberatung in Washington.

Mz. Washington, 27. Febr. Der Senat hat neuerdings fast einstimmig einen Vorbehalt der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Ausführung der Mandate angenommen. Senator Hitchcock hatte vorher angekündigt, daß die Regierung diesen Vorbehalt nicht bekämpft.

Heimkehr aus Japan.

Mz. Berlin, 27. Febr. Die Reichszentralkasse für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß voraussichtlich morgen der Dampfer „Wakana“ mit 243 Offizieren und 89 Mann aus Japan in Wilhelmshaven eintrifft. Damit ist dann der zweite Gefangenentransport aus Japan auf heimatischem Boden angelangt.

Die Leipziger Messe.

Mz. Leipzig, 27. Febr. Mehrere Tausende etwa 25 Amerikaner und 30 Italiener mit den Handelsvertretern der Gefangenschaft, eine große Anzahl Russen aus Odesa, eine Anzahl Rumänen und auch Engländer und Franzosen zur Messe kommen. Es sind etwa 120 solcher Ausweise an Länder verschiedener Nationalität, die sich hauptsächlich in Prag aufhalten, von dem ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Messenamtes in Prag ausgestellt worden, vor auch zahlreiche Besuche von diesen Herren erhalten hat und ausführliche Auskünfte über die Messe geben mußte. Die einzelnen Länderabteilungen werden im tschechischen Sonderzug ankommen.

Geburten und Sterbefälle in Preußen seit Beendigung des Krieges.

Die bisherigen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes über die Bevölkerungsbewegung, insbesondere auch die Angaben, welche für die Kriegszeit gemacht wurden, beruhen auf Mitteilungen, die vierteljährlich dem Statistischen Landesamt unmittelbar von den einzelnen Landesämtern eingereicht werden und das endgültige Ergebnis anstellen. Daneben reichen die Landesämter neuerdings den einzelnen Kommunalverbänden Nachweisungen ein, um die für die Ermittelung der Bevölkerungszahl nötige Fortschreibung der Bevölkerung zu ermöglichen; die Kommunalverbände geben diese Nachweisungen, die nur ein vorläufiges Ergebnis enthalten, an das Statistische Landesamt weiter. Diese vorläufigen Zahlen sind zwar im einzelnen nicht frei von Ungenauigkeiten, geben aber doch im ganzen ein ziemlich zutreffendes Bild der Bevölkerungsbewegung. Sie gestatten daher schon jetzt, die Bevölkerungsbewegung vom 1. Dezember 1918 bis 31. August 1919, also in den ersten drei Vierteljahren nach Beendigung des Krieges, zu überblicken.

Die Zahlen ergeben in den meisten Provinzen ein langsame Ansteigen der Geburten; nur im Stadtkreis Berlin und in Sachsen zeigt sich im mittleren Vierteljahr noch ein weiterer Rückgang, in Schlesien und Westfalen nach einem Anstieg im mittleren Vierteljahr ein Rückgang im dritten Vierteljahr; trotzdem bleibt die Geburtenzahl des dritten Vierteljahres auch in diesen Provinzen immer noch höher als im ersten Vierteljahr. Eine Einwirkung der Rückkehr der Männer aus dem Feld auf die Geburten konnte naturgemäß nicht früher als im August sich bemerkbar machen; sie wird erst in den weiteren Monaten des Jahres 1919 eintreten.

Sehr bemerkenswert ist der durchweg einheitliche und schnelle Rückgang der Sterblichkeit, wobei allerdings zu beachten ist, daß auch in anderen Jahren die Sterblichkeit in den Sommermonaten einen Rückgang zeigt. Deutlich eine Folge der verminderten Sterblichkeit ist es, daß der Geburtenüberschlag im ganzen Staat schon im zweiten Vierteljahr von rund 49.000 auf rund 18.000 zurückgeht, und daß sich in dem Vierteljahr von Juni bis August 1919 zum erstenmal wieder ein Geburtenüberschlag von rund 33.000 zeigt. Nur die Stadt Berlin macht auch hier eine Ausnahme; sie zeigt im dritten Vierteljahr insgesamt noch einen kleinen Fehlbetrag an Geburten (— 638).

Für die uns am nächsten liegende Provinz Hessen-Raffa verzeichnet der Bericht für den oben mitgeteilten Zeitraum insgesamt 22.237 Geburten und 28.615 Sterbefälle. Der Ueberschlag an Sterbefällen entfällt jedoch ganz auf die ersten beiden Berichtsvierteljahre, während für den Zeitraum vom 1. Juli 1919 bis 31. August 1919 bereits ein Geburtenüberschlag von 1642 festgestellt werden kann.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Wänttransport aus Rußland. Der RRB zufolge haben die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der russischen Militärregierung und denen der deutschen Regierung über den Gefangenentransport bereits zu einem Ergebnis geführt. Die russische Militärregierung wird einen Anstaltszug bereitstellen, der aus 28 Wägen bestehen und zweimal in der Woche direkt von Moskau nach Berlin verkehren soll. Dieser Zug wird deutsche Kriegsgefangene aus Rußland nach Deutschland bringen und russische Kriegsgefangene zurückführen. Ferner soll durch die Einrichtung einer Schiffschiffahrtslinie Domburg-Ostsee der Anfang mit dem regelmäßigen Warenschiffverkehr zwischen Deutschland und Rußland gemacht werden.

— Damit schließt nun wohl endlich auch den Deutschen in Ostland die Stunde der Erlösung. Es sollen noch etwa 25.000 Mann in Rußland sein.

Die Auslieferungsfrage.

— **Hollands Stellung.** Das Allgemeine Handelsblatt meldet, daß der holländische Minister des Aeußeren, van Karnebeck, dem Berichterstatter der Chicago Daily News mitteilte, daß die niederländische Regierung nicht die Absicht habe, den vormaligen deutschen Kaiser nach einer der Kolonien zu bringen, jedoch besondere Anordnungen für seine Bewachung treffen wolle. Van Karnebeck sagte, der Entwurf der niederländischen Antwortnote müsse dem Kabinett zur Genehmigung unterbreitet werden, so daß dieses Dokument nicht vor Beginn der folgenden Woche abgehandelt werden wird. In der Note wird die niederländische Regierung erklären, daß sie ihre Überzeugung aufrechterhalte, daß keine Gründe bestehen, auf die eine etwaige Auslieferung des vormaligen Kaisers gestellt werden könnte. Auf die Frage des Berichterstatters, ob die niederländische Regierung eine etwaige Rückkehr des vormaligen Kaisers nach Deutschland zulassen würde, antwortete van Karnebeck, daß mit einer solchen Möglichkeit verläufig noch nicht gerechnet worden sei, und daß sie jederzeit in Erwägung gezogen werden könne, wenn sich die Notwendigkeit ergebe. Mit Bezug auf den Standpunkt der Niederlande gegenüber dem Bölkerbund erklärte van Karnebeck, der Umstand, daß die niederländische Regierung noch nicht dem Bölkerbund beigetreten sei, habe die Niederlande in eine bessere Lage gebracht, das Auslieferungserlöbnis des Verbandes abzulehnen.

Der Bölkerbund.

Die Auslieferung der deutschen Handelschiffe. Um die Auslieferung der Anlage 3 zu Artikel 238 des Friedensvertrages in die Wege zu leiten, begibt sich heute (Samstag) eine deutsche Kommission von 21 Mitgliedern unter Leitung des Geh. Legationsrats Seeliger zum Inspektionsamt nach London. In der genannten Anlage sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Handels-, Fischerei- und Binnenfahrtschiffe sowie über die Pflichten der Besatzungen enthalten. Die Friedensbedingungen für die Türkei. Der Evening Standard meldet folgende Einzelheiten über die Befestigung der Friedensbedingungen für die Türkei: Staatliche Forderungen Griechenlands bezüglich Thrakiens werden genehmigt. Griechenland erhält Smyrna, aber die türkische Souveränität wird anerkannt. Strenge Kontrolle wird über die wirtschaftlichen Hilfsmittel der Türkei geübt werden. Die Maßnahmen für die türkische Abrüstung werden von einem Ausschuss in Paris weiter ausgearbeitet werden. Konstantinopel bleibt zwar in den Händen der Türkei, aber es werden strenge Bestimmungen für die Verwaltung festgesetzt werden. Ägypten kommt unter französische Mandatur, während Armenien unabhängig wird und Erivan erhält.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 25. Febr.

Nach Erledigung kleiner Gesetzentwürfe kommt man zu den gestern zurückgeschickten namentlichen Abstimmungen über die Höchstmietenerordnung. Der Antrag der Demokraten, wonach die Verordnung schwebend der Landesversammlung zur Nachprüfung ihrer Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit vorgelegt werden soll, wird mit 189 gegen 70 Stimmen der Antragsteller und der Rechtsparteien abgelehnt. Der Antrag Conradt (Deutschmar.) darüber hinaus auch verlangt, daß die ergangenen Ausführungsbestimmungen durch solche ersetzt werden, die gleichmäßig den Interessen der Mieter und auch der Vermieter gerecht werden, fällt mit 186 gegen 67 Stimmen. Darauf gelangt der Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums, die Verordnung der Landesversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen, einstimmig zur Annahme.

Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik hat am 28. Januar beschlossen, der Landesversammlung den Antrag zu unterbreiten, die Staatsregierung wolle die Reichsregierung veranlassen, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung des Prostitutionswesens mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Ein Antrag der Deutschnationalen geht dahin, daß geeignete Maßnahmen ethisch-pädagogischer Art zur Bekämpfung der Prostitution sowie zur Beseitigung des Lastenstandes und der guten Sitten in unserem Volke getroffen und eine dahin gehende gesetzgeberische Vorlage der Landesversammlung unterbreitet werden soll.

Abg. Graf-Frankfurt (Soz.): Wir wollen mit diesen Maßnahmen die Anregung geben, diese wichtige Frage durch Nachforschung und zwar sehr bald zu regeln.

Abg. Fajbender (Ztr.): Die hauptsächlichste Quelle des Unheils ist die Prostitution und deshalb ist der Kampf gegen sie eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung und der Volkswohlfahrtspflege. Darüber müssen wir uns klar sein, daß mit gesetzlichen Bestimmungen gegenüber dem Prostitutionswesen allein ebensowenig geholfen wird, wie mit einem Behandlungsplan im Krankheitsfall. Unser Elend ist der ganz sittliche Zusammenbruch.

Abg. Dr. Regenborn (Deutschmar.): Es ist ersichtlich, daß der Ausschuss sich wenig auf den Boden der Nichttätigkeit gestellt hat und nur zu behaupten, daß die Demokraten und das Zentrum die Anzeigepflicht ablehnen. Wenn wir auch die Bedenken gegen die Anzeigepflicht würdigen, so stellen wir uns doch auf den Boden der Ethik.

Abg. Dr. Wehl (USP): Mit diesen Nichttätigkeiten wird die Prostitution noch nicht abgeheilt. Das Problem muß sozial und ökonomisch gelöst werden.

Abg. Dr. Strupe (Dem.): Wir stimmen dem Antrag des Ausschusses zu.

Abg. Stendel (D. Sp.): Wir stimmen gegen den Antrag der USP, gegen die Anzeigepflicht und für die Überweisung des Antrages der Deutschnationalen an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik.

In der Abstimmung gelangt der Antrag in allen seinen Teilen zur Annahme. Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik übergeben.

Es folgt die Beratung des Antrages des Zentrums über die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Staatsdienst. Der Staatshaushaltsausschuss beantragt, den Antrag durch den Beschluß der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 2. Oktober 1919 für erledigt zu erklären.

Abg. Schilling (Zentr.): Die Kriegsbeschädigten sollen das Recht haben, definitiv wieder eingestellt zu werden, soweit es die dienstlichen Verhältnisse gestatten. Dieses Recht soll durch Gesetz festgelegt werden.

Abg. Schubert (Soz.) (Schlußwort des Berichterstatters): Der Antrag ist tatsächlich schon erledigt. Ich bitte, ihn dem Antragsantrag gemäß als erledigt zu erklären.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antragsantrages.

Es folgt der Antrag der Abg. Heß (Zentr.) und Genossen um Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet. Der Ausschuss beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären, da inzwischen ein großer Teil der Städte und Gemeinden in höhere Teuerungsklassen eingereiht ist, und nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers fortlaufend eine Nachprüfung der Verhältnisse stattfindet.

Abg. Schilling (Zentr.): Die besetzten Gebiete werden nicht zu den teuersten Gebieten Deutschlands gehören. Wir müssen darauf besonders Rücksicht nehmen um den Beamten durch besondere Teuerungszulagen entgegenzukommen, schon um ihr Deutschum zu fördern.

Die Abg. Dr. Moldenbauer (Deutsche Sp.), Ommert (Dem.), Schubert (Soz.) und Ling-Barmen (D. Rat. Sp.) erklären sich gleichfalls für den Antragsantrag. Darauf wird vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Schluß vom 26. Februar 1920.

Bei dem Zusammentritt der Nationalversammlung schwindet das Interesse in der preussischen Landesversammlung. Das zeigte sich schon an dem weniger guten Besuch der heutigen Tagung. Vizepräsident Dr. Borck spricht dem Vizepräsidenten Geheimrat Klatte, der heute das 60. Lebensjahr vollendet, unter dem lebhaftesten Beifall aller Anwesenden die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aus.

Der Wahlprüfungsausschuss beantragt, die durch Protest angefochtene Wahl des Abg. Studenches Hads (Soz.) für den zehnten Wahlkreis Oppeln für gültig zu erklären. Bei der Abstimmung erheben sich die Sozialdemokraten und die Demokraten für die Gültigkeit. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Die Auszählung ergibt die Nichtbefähigung des Hauses. Vizepräsident Dr. Borck legt die nächste Sitzung mit der gleichen Tagesordnung, aber ohne die Wahlprüfungen auf heute 1 Uhr plantlich fest. In dieser zweiten Sitzung steht zur ersten Beratung der Gesetzentwurf über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare. Die Dauer soll von vier auf drei Jahre ermäßigt werden.

Zu diesem Punkt entziehen die einzelnen Parteien Zutritt als Redner. Für die Vorseitstellung der Juristen sprechen die Vertreter aller Parteien. Alle wollen gern an dem Regierungsentwurf mitarbeiten. Selbst vom preussischen Justizministerium wird erklärt, daß eine dreijährige Vorbereitungszeit für Referendare ausreiche. Die Vorlage geht dann an den Rechtsausschuss.

Man erörtert dann einen Antrag des Abg. Dr. Knebel (Zentr.), in dem eine Verfassungsberatung auf staatsrechtlicher Grundlage gefordert wird, die mit den schon bestehenden freien Beratungsstellen zusammenarbeiten soll. Der Antragsteller begründet nochmals seinen Antrag. Der Vertreter der Sozialdemokratie fordert, daß diese Verfassungsberatung organisch mit den Arbeitsnachweisen und Arbeitsämtern verbunden werde. Die Deutschnationalen dagegen verlangen den weiteren Ausbau der freiwilligen Verfassungsberatung auf der bisherigen Grundlage. Die Wünsche der Demokraten richten sich darauf, die Worte „auf staatlicher Grundlage“ in dem Zentrumsantrag zu streichen. Der Antrag wird angenommen, wobei die Worte „auf staatlicher Grundlage“ gestrichen werden.

Die Demokraten haben einen Antrag gestellt, wonach verfassungsmäßig die Gleichstellung der Freimaurer-Logen aller Richtungen erfolgen soll. Als Voraussetzung für den Antrag führt der Demokrat Sommer aus, daß eine juristische Unklarheit darüber herrsche, ob Logen gegründet werden dürfen, die nicht Töchterlogen der alten privilegierten Großlogen seien. Das sei in einem demokratischen Staat unmöglich. Die Sozialdemokraten sind für den Antrag. In der Rede des deutschnationalen Abg. Dr. Hoffmann wird ausgeprochen, daß die germanischen Logen jede Behandlung politischer und kirchlicher Gegenstände ausschließen, daß die romanischen Logen sich durch ihre Kriegsbegier auszeichnen hätten. Für die Unabhängigen redet Adolf Hoffmann, der Gleichberechtigung aller Logen haben will. Der Abg. Sommer von den Demokraten tritt dem deutschnationalen Abg. Hoffmann entgegen, er spricht von „Winkellogen und Dunkellogen“. Der Antrag geht an den Rechtsausschuss.

Ein Antrag der Deutschnationalen, 140 neue planmäßige Katasterlandmesserstellen zu schaffen, geht an den Haushaltsausschuss. Freitag nächste Sitzung.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1: **Provisorischer Kommunal-Landtag.** Dem Landes-
auschuß des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wies-
baden sollen durch ein Rot-Gesetz, das der Landesversammlung in
in Berlin zugegangen ist, bis zum Zusammentritt des neuen
wählten Kommunal-Landtags des Regierungsbezirks Wiesbaden
die Befugnisse des bisherigen Kommunal-Landtags rechtsver-
samt übertragen werden, mit der Maßgabe, daß die Zahl der Mit-
glieder des Landesauschusses um sechs erhöht wird. Dieser
erweiterte Landesauschuß, der ein provisorischer Kommunal-
Landtag genannt werden kann, soll vor allem die finanziellen
Angelegenheiten des Bezirksverbandes regeln, sowie die Wahl
den zwei Landesräten vornehmen. Die Wahl des Landes-
hauptmanns, die durch den Austritt des Landeshauptmanns
Streckel vorzunehmen ist, kann dieser provisorische Kommunal-
Landtag, wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, nicht
vornehmen. Diese Wahl bleibt dem kommenden neugewählten
Kommunal-Landtag vorbehalten. Wenn dieser, nachdem die
Neuwahlen vorgenommen, einberufen werden wird, dann heißt
nicht gesagt werden. Infolgedessen wird Landeshauptmann Streckel
weiter auf seinem Posten beharren, oder aber, wenn er
nach Ablauf des jetzigen Rechnungsjahres, doch zurücktreten
will, wird der Stellvertreter des Landeshauptmanns, Land-
rat: Fropping, die Geschäfte führen.

1: Vom Westerwald, 26. Febr. Die Belegschaften von acht Braunkohlengruben haben den Streik beschloffen, da wegen Lohnforderungen eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht zu erzielen war. Die Regierung droht den Arbeitern mit Sündflügeln, militärischer Besetzung der Gruben und Nichtbetrachtung der Streikführer, falls der Ausstand beibehalten wird.

! : **Saunischen**, 25. Febr. Die Gemeindevorstand-
kor beschlossen, jeder Familie im Flecken zwei Klasten Holz
des Klosters zu 50 Mark und 100 Welsen zu 20 Mark aus der
Gemeindewald zu überlassen. Dieser soziale Beschluß wirkte
weit über die Grenzen des Kreises hinaus. Aufsehen erregte
und keine Widerlegung finden. Die Gemeinde hatte bereits
früher einen Teil ihrer Holzstellung freigebig an Interessier-
ten abgegeben und für den nächsten Tag von 150 Mark für ein
Klasten schnüppel- und 180 Mark für ein Klasten Scheitholz.

Am letzten Sonntage lagte hier eine Versammlung der Bürgermeißter des jogen. Rathscheshalles, d. i. das nicht befestigte Gebiet von Lorch a. Rh. Land in der Richtung Solthens zwecks Gründung eines Kommunalverbandes, weil annähernd 30 Gemeinden durch die Befestigung von ihren Mutterkreisen abgeschnitten sind. Die Angelegenheit steht jetzt zur Berathung bei den zuständigen Instanzen.

!! Camberg, 25. Febr. Der älteste Lehrer in Kuz-
 Herr Neuroth, starb hier, nachdem er vor drei Wochen je-
 80 Lebensjahr vollendet hatte. Er war am 11. Februar 18
 in Niederselbert bei Montabaur geboren und war in Th.
 heim, Milharz, Mittelhofen, Waldmünster und zuletzt
 Jahre lang in Binges Lehrer gewesen Nachdem er 1898
 den Ruhestand getreten war, verlebte er seinen Lebensab-
 in Gesundheit hier bei seiner verheirateten ältesten Toch-
 ter. Ein Sohn ist Lehrer in Biebrich und eine Tochter Lehrerin
 Wiesbaden

!! Königlich, 26. Febr. In Begleitung zahlreich französischer Offiziere und Verwaltungsbeamten fand hier eine Prüfung von Kindern aus dem Kreise Königlich statt, die französischen Sprachkurse teilgenommen hatten. Die anwesenden Herren waren Franzosen, Die ersten Preise bekamen in französischen Büchern und barem Gelde bis zu 100 Mk. Ferner erhielten sämtliche Prüflinge als Belohnung an kleinen Märchenerzählungen zur weiteren Übung (als französischer Sprache) noch ein sechs Monate währendes Abonnement auf die bekannte französische Zeitschrift „Der Rheinische“

11: Frankfurt, 27. Febr. Mit einer künftigen Spätung traf der Wiener Kinderzug mit 600 Kindern hieselbst Hauptbahnhof ein. Wenn schon unsere Großmutter die Spuren von Entbehrungen und Unterdrückung auf ihren Antlitzern zeigt, so war das Bild, das die Wiener Mädchen und Jungen im Alter von 5—14 Jahren boten, geradezu erschütterndes Grauen! hat der Winter in hiesiger

geradezu erschütterndes. Grausam hat der Hunger in jener langen zermürbenden Arbeit diese Generation zanjichte gemacht, vielfach bis auf Haut und Knochen abgezehrt, ermüdet, glanzlosen Augen, weissen Gesichtern, oft schon vergeblich, so sind die Glendbeglalten eine furchtbare Anstalt gegen jene Schwalten, die diese Not verursachten. Dazu erbarmungswürdige Kleidung, in der die Kinder freiden! Leiden und Hiden! Und es ist das Beste, was die Kinder, sich aus allen Ständen der Wiener Bevölkerung rekrutieren auf dem Leide tragen. Von den 600 Kindern blieben 300 in Frankfurt zurück, 150 reisten unter Führung des Hingelneißers Sigismund-Lisingen in das Pfingster Land, der kam nach Oberheßen und in den Kreis Huida. Der Aufhalt der Wiener Kinder in Deutschland ist auf vorläufig 1 Monate bemessen.

! : Frankfurt a. M., 27. Febr. Die Zeitung des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins hat sich an den Reichspräsidenten mit einem Gesuch um Aufhebung der Wahlordnung gewandt, nach der eine Anmeldepflicht für Wahlvereinsangehörigen besteht. Auf die Eingabe traf Bescheid ein, daß die Aufhebung dieser Verordnung schwerf

!! **Frankfurt** a. M., 26. Febr. In der letzten W
wurden hier mehrere besonders schwere Diebstähle aus
führt. Man stahl aus der Mainzer Sandstraße für 150
Mark Lederwaren, in der Kronprinzenstraße für 50 000 M
Nähter, aus zwei Geschäften der Bergerstraße für 30
beide 15 000 Mark Lebensmittel und in der Kronprinzenst
für 100 000 Mark Gemälde.

11: Frankfurt a. M., 26. Febr. Der Minister des Innern hat den bisherigen koninklich-preussischen Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M. ernannt und bestätigt. — In einem hiesigen Bankhause beschlagnahmte die Polizei eine große Menge Silberbarren, die durch Vermittlung einer fremden Gesellschaft ins Ausland geschafft werden sollten.

!!: Frankfurt, a. M., 25. Febr. Die Wiener Kinder, die
Frankfurt und Umgebung, dem Arzte Wingen und in Meßau
für mehrere Monate einen Erholungsaufenthalt nehmen sol-
ten, trafen gestern Donnerstag früh im hiesigen Hauptbahnhof

!!: **Hochst** a. M., 26. Febr. Der größt' Theil der Bau-
besonders Jagdgewehre, die zu Beginn der feindlichen Befestigung
von der Bürgerschaft unter der Führung der Rittersch.

dem Mathaus abgegeben werden mußte, ist verschwunden. Der Generalintendant der französischen Armee will die Gehöhrung einer Entschädigung nur dann zugehen, wenn der gegenwärtige Besitzer der Waffe ermittelt würde, oder wenn man die Person feststellte, die sich zuerst in den Besitz des Gewehrs setzte. — Zur Beschaffung von Lebensmittel für die Kottessen bewilligte der Kresistag 10 Millionen Mark.

!! Darmstadt, 20. Febr. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Mörder der Frau Perschbacher in Eschheim, der 19jährige Wilhelm Kreher, dem hiesigen Kriminalkommissar Daniel in Stendal ein offenes Geständnis abgelegt. Nur über seinen Mithelber verhielt sich der Mörder sehr reserviert. Kreher hat sich nach der That zunächst nach Lehe begeben und hier bei Freunden den reichen Mann gespielt. Dann reiste er nach Hannover, wo er eine geraubte Uhr verkaufte, und schließlich nach Stendal. Hier batte die Polizei bereits sämtliche Vorgewirte bei denen der Mörder früher einmal gewohnt hatte, verständigt. Endlich traf auch Kreher bei einer dieser Familien ein, die ihn den polizeilichen Weisungen gemäß, herzlich aufnahm und solange beherbergte, bis die inzwischen verständigte Kriminalpolizei erschien und die Verhaftung vornahm. Kreher wird dieser Tage von Stendaler Polizeibeamten nach hier gebracht.

Die Not der Invaliden. Es wird uns so viel geschrieben und gesagt über die Not in Oesterreich. Viele Aender werden in Deutschland untergebracht und gepflegt. Auch ich halte es für Christenpflicht, da zu helfen, wo es not thut. Aber man sollte sich auch einmal in eigenen Lande umschauen und die größte Not zu lindern suchen. Bei den wirklich arbeitsunfähigen Invaliden, welche auf die paar Mark Rente angewiesen sind, ist die Not schon lange Hausgenosse geworden und das Elend gräbt diese Familien immer schrecklicher an, und nur sehr selten kann die Not begreifen und mitleiden, der sich schon in solche Lage befunden hat. Hier tut schnelle Hilfe noth. Auch liegt man mit Staunen die kolossalen Aufbesserungen der Beamten und Angestellten; sie sind wohl berechtigt, denn die heutigen Verhältnisse erfordern es. Aber da sollte man auch die Geringverdienenden berücksichtigen, die nicht vergessen. Es ist der rechte Hohn, wo dort für Jahresgehälter bezahlt werden, überhundert bis fünfhundert Mark mit Feuerungszulagen. Obwohl man dieselben Invaliden zur Vorkleidung dieser Rente anstellt, weil es sich für die Gemeinden nicht rentirt, voll arbeitsfähige Kräfte einzustellen, sind es doch erbärmliche Begehungen, denn ihrer Pflicht nachzukommen, wird voll und ganz von diesen Angestellten verlangt. Und dann sind dieselben doch keine Verurtheilten, womit man sich Zecunde erwehrt. Auch hier wäre es höchste Zeit, daß die Regierung eingreift, denn von den Gemeinden ist für diese Personen nicht viel zu erwarten. Einer für viele.

Der Februar, die „Sperteisen“ im Volksmund genannt, hat uns noch zum Einstuß ein recht gewöhnliches Wetter mit Regen und Schnee gezeigt. Hoffentlich ist der März — der Lenzmund — uns freundlicher gestimmt.

« **Luxussteuer.** Der Handel mit Gold- und Silbermit-
zen unterliegt der Luxussteuer mit 15 Prozent, nach be-
neuen Umsatzsteuergesetzes Näheres ist aus der amtlich
Bekanntmachung des hiesigen Umsatzsteueramts zu erse-
hen.

Das Stadt. Einquartierungsamt teilt mit: D

Ortsherrnmandantur hat bestimmt, daß die Quartierbillets bis
Monat Februar von den Vermietern bis spätestens 2. März
an das Bürgermeistramt einzureichen sind. Das Bürger-
meistramt stellt dem Vermieter neue QuartierBillets aus
dort nur Quartierbillets annehmen, wenn der letzte Tag der
Belegung angegeben ist oder das Datum des letzten Tages be-
kannt. Quartierbillets, die am 2. März nicht vorliegen
sind, werden nicht mehr ausgeben. Außer den Quartier-
billets sind auch die Wohnmeldungen abzugeben; die Qua-
tierbillets sind in die Wohnmeldungen vorher einzutragen.

Das Ausbrennen der Schornsteine beginnt in unser Stadt in der nächsten Woche. Die Feuerleitung wird darauf aufmerksam gemacht, damit unnützer Feuerlärm verhütet wird. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das zum Brennen nötige Material, also Stroh, Heßelstämme, n. s. w. von den Hausbesitzern zu stellen und bereit zu halten ist.

e Schulpersonale. Adm. Gunders in Grenzbereichs Unterwestersch, ist vom 1. April 1920 ab zum Vch im Schulverband Bad Ems ernannt worden.

Der Volksverein für das katholische Deutschland, Gruppe Bad Ems, bekränzte am morgigen Sonntag zwei Vorträge im Hotel „Reißes Hof“, in der die für alle Katholiken wichtigen Tagesfragen wie: Volksverein und Wiederaufbau, Frauenfrage, Schulfrage und Arbeiterfrage behandelt werden. Nachmittags 4 Uhr wird der Köhler Stübchenorden Schwestern zu den Frauen und Jungfrauen, abends 8 Uhr derselbe Redner und Dr. van den Boom zu den Männern und Jünglingen sprechen.

Die Kirchenkonzerte. Es wird uns geschrieben: Schon sei auf diesen seltenen Genuß hingewiesen, den wir in der nächsten Woche (Donnerstag abend) in der evangelischen Kirche zu erwarten haben. Organist Petersen aus Niebüll, einer der besten Organisten unseres Bezirke, beräthet auf einer Konzertreise im Laubmal auch unsere Stadt. Als Solist wird Frä. Diebel, Kammerfängerin aus Stuttgart (Mit) übermuthmeister Ritze (Violine), ein einheimischer Künstler gewonnen. Der Grundton des Konzertes ist Passionsstimmung. Das Programm verrät in Auswahl und Anordnung groß Kunstverständniß. Alle Freunde der geistlichen Musik mögen sich diesen Genuß nicht entgehen lassen. — Der ganze Re-
ertrog ist zur Vergütung des Claden- und Orgelfonds stimmt.

Die Literarische Vereinigung beauftragt am D
nächstes einen musikalischen Abend, der einen außerordent
haften Besuch erhält, ein Beweis, wie der Vorstand
Schaeffensberg in seinen Begrüßungsworten sagte, daß
Wien diese Freunde in unserer Stadt hat. Das Publi
gab durch seinen starken Beifall zu erkennen, daß die vor
genden Künstler das Versprechen, das in der vorhergehenden
Ankündigung gegeben war, ihm vollkommen eingelöst hat
kennen und diese Tatsache schreiben zu können und wollen

noch die Namen der Mitwirkenden festhalten. Hr. Elßler (Schwarz) (Sopran), Kapellmeister Hein (Wasthof), Hr. Linckebach Jr. (Violone), Willi Pache (Violone), ihr Begleiter Kapellmeister Köhler und unser bewährter Kapellmeister Lehrer (Wagel (Kassan) hatte leider abgehen müssen, so daß die Hörerschaft um den Genuß der Töne vergeblich saß. In seiner Stelle hatte sich aber in liebevoller Weise Herr Klobb zur Verfügung gestellt, der durchschlagenden Erfolg einige bettere Gedichte von T. vortrug. Alles in allem ein Abend, für den das Publikum der Literarischen Vereinigung stets Dank wissen wird.

Der Deutsche Transportarbeiterverband (seiner Geschäftsstelle) hat wegen, Sonntag nachmittags 2 Uhr, ein öffentliches Begräbnis.

D Eine Saluta-Vant In einer Besammlung der deutschen Liga für den Deutschen Völkernund tritz Staats-Sekretär a. D. August Müller mit, daß die Errichtung eines großen Kreditinstituts für Deutschland unumittelbar bevorstehe: "Das Institut solle keine Konkurrenz für die Reichsbank oder die Großbanken sein Es stellt sich die Aufgabe, die einzelnen Kredite zusammen zu fassen, als Grundlage für die Transaktionen, die ausgeführt werden müßten, wenn die während des Krieges und später eingegangenen Gelddarlehensverpflichtungen gegen die neutralen Länder: fällig werden Die Städte, die Großbanken und die Industrie seien gleichmäßig daran interessiert"

Ausfuhr der deutschen Möbel. Die Ausfuhr der deutschen Mobelfabrikate aus Elsaß-Lothringen wird nach dem mit der französischen Regierung getroffenen Abkommen von der deutsch-französischen Möbelausfuhrkommission in Paris geleitet. An diese sind sämtliche Gesuche zu richten, die sich auf folgende Dinge beziehen: 1. die Aufhebung der über die Mobelfabrikate ausgedruckten Zwangsverwaltung; 2. die Erlangung der Ausfuhrerlaubnis; 3. die Erlangung der Einreiseerlaubnis nach Elsaß-Lothringen zur Bewirkung des Umzugs; 4. die Vornahme von Nachforschungen nach dem Verbleib der家具stücke; 5. die Anknüpfung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die von Gläubigern in Elsaß-Lothringen betrieben werden; 6. die Vermehrung von Vorschüssen zur Zahlung solcher Schulden in Elsaß-Lothringen, die die Ausfuhr der Möbel hindern; 7. die Erstattung von Transportkosten für Umzüge aus Elsaß-Lothringen, soweit diese nach dem 8. Dezember 1919 stattgefunden haben; 8. die Erteilung von Ausweis über die Art und Weise der Ausführung des Transports, 9. die Beratung bei auftretenden Schwierigkeiten. Eingaben, die in solchen Angelegenheiten an andere Stellen gerichtet werden, werden, erwieben dadurch regelmäßig eine unndrige Verzögerung.

— Eisenbahnerstreik. Wegen einer verweigerten Urlauberteilung sind die Angestellten der Paris-Montparnasse-Mittelmeerbahn in den Ausstand getreten. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fand eine Sitzung statt, an der verschiedene Minister teilnahmen, um zu der durch den Streik der Eisenbahner geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und Maßnahmen zu treffen, die die Lebensmittelversorgung sicherstellen. Auch wurde beschloffen, die Schienenwege zu überwachen, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind und Maßnahmen zu treffen, die eine Einschränkung im Verbrauch der Lebensmittel möglich machen. Ministerpräsident Millerand ist vorzeitig aus London zurückgekehrt. Nach einer weiteren Meldung hat die Regierung beschloffen, sämtliche Eisenbahner des aktiven Dienstes zu mobilisieren, um den für die Lebensmittel notwendigen Zugverkehr zu sichern.

Die Eisenbahnschwierigkeiten. In der Kammer sprach sich der Verkehrsminister Le Troquer über die Transportkrise aus. Sie sei keine Materialkrise. Zudem sei die Zahl der Züge, die stehen blieben, auf allen Eisenbahnen um das Dreifache gestiegen. Das liege daran, daß es schwierig sei, für die Lokomotiven die notwendigen Kohlen zu beschaffen. Eine weitere Ursache der Krise sei die große Zahl der Lokomotiven, die sich in der Ausbesserung befänden. Normal werde der Zustand im Norden Frankreichs Ende dieses Jahres werden, im Osten in 12 Monaten auf den Eisenbahnen Paris-Lyon-Mittelmeer im ersten Halbjahr 1922, auf den Staatsbahnen im Süden in Lauf des Jahres 1923 und auf den Orleansbahnen gegen 1924.

Fußball Für Sonntag, den 29. Febr. ist dem Emsener Fußballklub wieder ein Spiel geboten, das man als durchaus lohnend bezeichnen muß. Dem Sportverein Bad Ems 09 gegen die 1. Mannschaft des Sportvereins Ober-Emmerich zu einem Gesellschaftsspiel gegen die 1. des Sportvereins Bad Ems einzuladen. Da beide Vereine Spielstätte dürfte ein schönes Spiel zu erwarten sein, das hoffentlich viele Zuschauer anlocken wird.

Sitzung der Stadtverordneten zu Bad Ems, am 26. Februar 1920.

Die Stadtverordneten waren unter Vorsitz von E.-M. Stemmler fast vollständig versammelt. Der Magistrat durch die Beigeordneten Balzer und Graef sowie den W. E. Schmidt vertreten. Die Beteiligung des Publikums war gering.

Die Stadtverordneten führten zunächst den sozialistischen Stadtverordneten Frick, auf den das Mandat des Arbeiters Friedrich Müller übergegangen ist, ein und schickte ihn.

Die Elfsache lag ein Antrag des Magistrats vor, die Stadt für eine Abordnung nach Berlin in Sachen des Betriebs der Emsener Quellenprodukte zu beauftragen. Der Stadtverord. Frick berichtete über die Beschlüsse der Kommission, die dazu führten, daß eine Abordnung, bestehend aus je einem Mitglied der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen und der deutschen demokratischen Partei, nach Berlin reisen soll. Beigeord. Balzer gab an, daß von einem Schreiben des Landwirtschaftsministers, worin der Minister mittelst, daß bisher von keiner Seite ein Antrag auf Abänderung des Vertrages eingegangen sei, kein Anlaß zu einer Abänderung vorliegt und daß die Übertragung an die Stadt nicht in Frage kommt. Gegenüber steht ein Bericht des von der demokratischen Partei nach Berlin entsandten Vertreters, nach dem der Vertreter des Landwirtschaftsministers — Geheimrat Dr. v. Krosigk, der auch das beim Magistrat eingegangene ministerielle Schreiben unterzeichnet hat — erklärt hat, daß der ganze Vertrag nicht übernehmbar sei, da der Vertrag den ganzen Betrieb nicht übernehme, was, da der Vertrag der Stadt erwerbe. Es entspann sich eine fast einstündige Debatte, die manchmal ziemlich lebhaft wurde: zunächst um die Frage, ob nach dem zweiten Satz des Vertrages überhaupt noch eine Abordnung nach Berlin entsandt werden sollte, und dann, ob sie aus zwei oder drei Vertretern bestehen sollte. Schließlich wurde mit 9 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten der Antrag angenommen, drei Vertreter nach Berlin zu entsenden.

Als Vertreter für den Kass. Stadtrat wurde der Stadtverord. Stemmler gewählt. Der Magistrat durch den Bürgermeister Dr. Schubert dafür auszuweisen. Der Austritt des Stadtverord. Frick (Dem.) aus der Kommission zur Beratung städtischer Kur- und Badeangelegenheiten entfiel nur eine kurze Debatte. Der Stadtverord. Frick hielt an seinem bereits in der vorigen Sitzung vertretenen Standpunkt fest, während die Demokraten für die Möglichkeit eintraten, daß ein Stadtverord. ein Mandat in einer Kommission niederlegen kann, ohne auf sein Stadtverordnetenmandat zu verzichten. Bei der Schlussabstimmung siegte die Ansicht der Demokraten, daß es wurde an Stelle von Stadtverord. Frick Stadtverord. Frick nominiert.

In die Gesundheitskommission wurden die Stadtverord. Stemmler (Zentr.) und Meuser (Fr. Bgl.) gewählt. Die Kommission wählt dann noch drei Mitglieder aus der Bürgerliste.

Unter Punkt Mittelungen wurde bekanntgegeben, daß der Magistrat die Schulnamen: Stein, Schiller und Ernst Born-Schule billigt, ferner daß 500 Mark für die Wiener Kinder bereitgestellt sind. Der Abschluß der Schuldenliste und der Mahnung hat fast 2000 Mark Ueberschuß ergeben; Beigeord. Balzer hat noch dazu gestiftet, daß die Summe auf 2100 Mark angewachsen ist, die nun für eine Gedenktafel für die gefallenen Krieger verwendet werden sollen; der Magistrat hat die Stiftung mit Dank angenommen und die Beizehung der Tafel sich dem an.

Das Mietverordnungsamt wird seine Tätigkeit aufnehmen; den Vorsitz hat J.-M. Herr übernommen. Das Wohnungsamt ist unter dem Vorsteher von Klein eingerichtet worden.

Stadtverord. Schmidt (Bpt.) verlas eine Erklärung, in der er das Kurlogiergewerbe gegen den etwa entstehenden Vorturf von Ueberforderungen bei der Abgabe von Wohnungen an die Befragung in Schutz nahm, auf seine Ausführungen und die des Stadtverord. Frick über die Beizehung der Graef über Zimmerpreise usw. in der vorigen Sitzung; die gewählten Mietpreise seien nur sehr geringfügig, weil die Wohnungen mit Möbeln, Teppichen, Wäsche, Porzellan usw. abzugeben sind. Um den Wert dieser Einrichtungen zu illustrieren, wies Stadtverord. Schmidt auf die Mieten über die dem Oberbürgermeister Schiedemann in der letzten zur Verfügung gestellten Einrichtungsgesamtheit 3000 Mk. hin. Die Stadtverord. Frick (Dem.) und Paffine (Soz.) gaben dazu kurze Erklärungen ab.

Am Verfolg zweier Anfragen der Stadtverord. Sanner (Zentr.) und Werner (Dem.) wegen der Holzversorgung teilte der Magistrat mit, daß die Schürfer 80 Festmeter je 100 Mk., die Wagner 3 und die Zimmerer 5 Festmeter Wertholz erhalten sollen, daß zur Versorgung mit Brennholz die Errichtung eines Holzcentrals zu erwägen sei. Bei keinem Fall könne die Versorgung des Waldes so weitergehen.

Mit Rücksicht auf die Unsicherheit in der Stadt in der Nachtzeit schlugen die Stadtverord. Paffine (Soz.) und Sanner (Zentr.) die Bewachung der Nachschulente, die Ermäßigung der Steuer für einen Hund, der Wachtmeister leistet, Anschaffung eines Polizeihundes, Brennenlassen der Nachschulente, Ausgabe elektrischer Lampen an die Nachschulente vor.

Ferner fragte Stadtverord. Paffine (Soz.) nach der ausstehenden Fürsorge für die Geburtshilfe und nach dem Stande der Kartoffelversorgung. Auf letztere Frage antwortete Stadtverord. Frick, daß noch nicht 10 Zentner vorrätig sind, daß die Stadt hofft, von dem fehlenden Rest von 1800 Zentnern etwa 500 bis 600 zu erhalten, daß sie als Ersatz Hülsenfrüchte angekauft hat.

Stadtverord. Paffine (Zentr.) hat, die Ausgabe von Laub- und Heinen zu erleichtern, damit die Not an Streumitteln beseitigt wird.

Der Magistrat nahm Kenntnis von allen diesen Wünschen. Gegen 6.30 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Aus Nassau und Umgegend.

In der Taunusklub veranstaltet morgen, Sonntag, eine Wanderung, um die Schönheiten des engsten Teiles des Taunus zwischen Nassau und Laurenburg zu genießen. Man wird zunächst mit dem Zuge 1.33 Uhr nach Laurenburg, um

dann lahnabwärts zu wandern. Als Raststätten sind Döraberg und Oberhof in Aussicht genommen. Die Wanderung ist bei aller Kürze außerordentlich lohnend und es ist erwünscht, daß sich auch die schulentlassene Jugend anschließt.

Reimgescheit Alle bis jetzt noch in fränkischer Gefangenschaft weilenden Söhne unserer Stadt sind nun ihren Angehörigen wiedergegeben. Die beiden letzten, Hr. Busch und Th. Schirm sind dieser Tage zurückgekehrt.

Einiger Kasser im Keller? Einen guten Gang machte Polizeiwachmeister Hermann hier. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem Handwerksmann S. H. entdeckte er im Keller versteckt ca. 80 Pfd. Gerbelauch, ca. 20 Pfd. Schwartemagen und Blutwurst, 2 gefüllte Schinken ca. 64 Pfd. und 6 Stücke sonstiges geiziges Schweinefleisch und Speck. Da der Inhaber des Kellers vorerst nichts wissen wollte, ist es ja ein Rätsel, wie die Ware in den verschlossenen Keller kam. Nachher gab man zu, daß ein Mann in der Nähe von Bad Ems die Ware mit Fuhrwerk nach hier gebracht habe, aber zum „Räubern“! Schwartemagen und Blutwurst waren jedoch geräuchert. Die Ware ist beschlagnahmt und wird hoffentlich im Laufe der nächsten Woche die Wagen der hiesigen Einwohner erquiden. Die Untersuchung ergibt vielleicht, für wen die Sachen „geräuchert“ werden sollten.

Diebstahl. Nach der höheren Orts erlangten Verfügung hat die auf Grund des Friedensvertrages aufgetragene Lieferung von Vieh auch in hiesigem Preise zu beginnen. Es sind die zunächst für Biegen zu liefernden Zwoke und Biegen am Montag den 1. März zu verladen. Die von Frankreich zu liefernden Schafe und Biegen werden zu einem noch später zu bestimmenden Termin verladen. Es müssen die hier sichergestellten Tiere am Montag, den 1. März, morgens 10 Uhr am Bahnhof Nassau vorgeführt werden, wo auch alsdann von der Ankaukommission der Kaufpreis festgesetzt wird.

Aus Diez und Umgegend.

Wochenschau. Wahlen beschäftigen wieder einmal manche Gemüter unseres Städtchens, Elternratswahlen an den Schulen. In der Öffentlichkeit treten sie wenig in Erscheinung, da sie ja auch für die Nichtbeteiligten kein Interesse haben. Leider, leider stehen aber auch viele Beziehter dieser neuen Einrichtung mit einer unverständlichen Interesslosigkeit gegenüber, und die Vorbereitung zur Wahl, Aufstellung von Kandidaten, fällt unseren Schulen reichlich schwer. Hoffentlich werden sich die Eltern unserer Schulkinder der Bedeutung der Wahlen noch rechtzeitig klar, vielleicht hat auch bei den Frauen Fr. Dr. Anna Schulz in ihrem Referat am Mittwoch das Verantwortlichkeitsgefühl geweckt, denn eine große Verantwortung ist es, fernzusehen und alles gehen zu lassen wie es geht. Noch eine Wahl wird jetzt getätigt, die Wahl der Betriebsräte, Beamtenschaft usw. Bei diesen Wahlen wird man wohl nicht von einer Interesslosigkeit reden dürfen, denn mit ihnen beschäftigt sich jeder denkende Arbeiter und Angestellte. Auch diese Neuerrichtungen sind geschaffen, Großes zu leisten. Die Erkenntnis dringt allgemein durch, daß alle daran interessiert sind, uns wirtschaftlich aus diesem Elend baldmöglichst zu bringen. Jetzt hat nun Arbeiter und Angestellter ein Mitbestimmungsrecht erhalten in vielen Fragen, ist somit ganz anders interessiert am Betriebe, und so wollen wir hoffen, daß auch in unserer Stadt diese Wahlen Wiederaufbauarbeit sind. — In unserer Nachbarstadt Einburg sind bald alle Gefangenenzüge eingetroffen. Ab 1. März sollen die noch kommenden Transporte nicht mehr in Einburg übergeben werden, sondern die Uebernahme bereits hier am Bahnhof Diez erfolgen. Auch das dürfte bald vorüber sein, und es ist zu erwarten, daß Ostern alle Söhne unserer Stadt wieder in ihrer Heimat weilen. Viele, ja die meisten sind ja schon da, aber immer noch nicht alle. Der Gedanke, daß der Zeitpunkt des Wiedersehens ja in nächster Nähe liegt, wird die Angehörigen ihre Ungeduld hemmen lassen. — Die Leute, die Geld haben, scheinen allmählich doch wieder Vertrauen in die Zukunft zu gewinnen und suchen es in industriellen oder sonstigen Unternehmungen anzulegen. Unsere bekannte Gärtnerei Rose stellt ihren Betrieb um und züchtet statt Rosen Tabak, der auch gleich hier verarbeitet werden soll in die so teuren Glühmängel usw. Da könnte man schon Vorgeschnack von billigen Rauchmaterial bekommen. Auch den Heiratslustigen scheint jemand aus einer Hauptnot, dem Kapitel „Möbelbeschaffung“ helfen zu wollen, denn, wie gerüchweise verlautet, soll die neue, schon lange stillliegende Marmorfabrik zu einer Möbelfabrik eingerichtet werden. Sei denn wie ihm sei, sicher ist, daß es kein Fehler für unser Städtchen sein kann, es bietet sich dann wieder mehr Arbeitsgelegenheit und somit auch mehr Verdienst. Der Gründer dieser Möbelfabrik hat sicher auch mal vor dem Diez Standesamtskassen gestanden und konstatiert, daß er nie leer wird und sich dabei seine eigenen Gedanken über das schon erwähnte Möbelkapitel gemacht. Er ist praktisch gewesen, hat sicher gedacht beiden Teilen, sich und den Heiratslustigen, zu helfen.

Bekanntmachung.

Nachdem der Handel mit Reichsmünzen aus Gold und Silber freigegeben worden ist, sind die Münzen lediglich als Gegenstände aus Edelmetallen anzusehen, deren Verkauf der Umsatzsteuer im Reichshandel nach § 21 Nr. 1 des neuen Umsatzsteuergesetzes mit 15 Prozent unterliegt. Zugut auch vom Verkauf aus privater Hand nach § 23 Abs. 1 Nr. 3.

Bad Ems, den 27. Februar 1920.

Umsatzsteueramt.

Volkschule-Diez.

Elternbeirat.

Sonntag, den 29. Februar 1920

findet um 3 Uhr nachmittags die 2. Elternversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der Sitzungen und der Wahlordnung für die Elternbeiräte.
2. Wahl der Wahlvorstände.

Kandidatenlisten zu der am 14. März stattfindenden Wahl der Elternbeiräte werden bis zum 4. März d. J. entgegen genommen.

Der Rektor: Grün.

Ihre **Vermählung** beehren sich anzuzeigen

Rudolf Bruns
Käthe Bruns
geb. Lorenz

Lippstadt i. W., den 28. Februar 1920.
Langestr. 24.

Für die uns zu unserer **Goldenen Hochzeit** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen herzlichen Dank

Anton Klaus und Frau
Königswinter, den 27. Februar 1920.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Ems.

Achtung: Fuhrleute, Packer, Verlade, Lager- u. Transportarbeiter aller Branchen von Ems u. Umgegend.

Einladung

zu der am **Sonntag, den 29. Februar, mittags 2 Uhr** im Lokal **Zum Kölnischen Hof**, in Ems, Coblenzstraße stattfindenden **öffentlichen**

Transportarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Transportarbeiter von Ems und der Deutsche Transportarbeiter-Verband.

Referent Kollege **Fr. Brachert**, Coblenz.
— **Freie Aussprache.** —

Deutsch. Metallarbeiterverband Bad Ems

Sonntag, den 29. Febr., nachm. 4 Uhr

Mitgliederversammlung
im „Kölnischen Hof“.

Der Vorstand.

Am 29. Februar 1920, abends 7 Uhr
findet im
Saalbau „Grüner Wald“
(Besitzer Herr Biehl)

Katzenelnbogen
ein
Künstler-Konzert

statt, ausgeführt von ersten Solokräften des Nassauischen Landestheaters Wiesbaden.

Fraulein Martha Bommer, Sopran,
Herr Professor Oskar Brückner, Cello,
Herr Nikola Geisse-Winkel, Bariton,
am Klavier Herr Walter Fischer a. Mainz.

Vorverkauf der nummerierten Karten zu 5 u. 4 Mk. nur bis 23. Februar 1920 im Hotel Bremser, Katzenelnbogen.

Grosse
Karussellbelustigung!
Rupbachtal-Laurenburg. Der Besitzer.

Zur gefl. Beachtung!

Sonntag, den 29. Februar
und Montag, den 1. März

ist an der
„Alten Kaserne“ DIEZ
Dexheimers
Berg- u. Taltunnelbahn

zur allgemeinen Belustigung aufgestellt.
Es ladet ein
Der Besitzer.

